

Da der damalige Ausschuss für den Schutz des Privatlebens sich in seiner Stellungnahme Nr. 02/2017 vom 11. Januar 2017 bereits günstig zu diesen Daten geäußert hat, wurde es nicht als zweckmäßig erachtet, in diesem Fall eine neue Stellungnahme einzuholen.

Ich habe die Ehre,

Sire,  
der ehrerbietige und getreue Diener  
Eurer Majestät  
zu sein.

Der Minister der Finanzen  
V. VAN PETEGHEM

**16. SEPTEMBER 2021 — Königlicher Erlass zur Abänderung von Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 9. Februar 2017 zur Ausführung von Artikel 323/1 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 im Hinblick auf den elektronischen Austausch von Daten in Bezug auf Hypothekenanleihen und individuelle Lebensversicherungen**

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Einkommensteuergesetzbuches 1992, des Artikels 323/1, eingefügt durch das Gesetz vom 18. Dezember 2016 zur Regelung der Anerkennung und zur Festlegung des Rahmens von Crowdfunding und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Finanzen;

Aufgrund des Einkommensteuergesetzbuches 1992, des Artikels 145<sup>46/1</sup>;

Aufgrund des KE/ESGB 92;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 9. Februar 2017 zur Ausführung von Artikel 323/1 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 im Hinblick auf den elektronischen Austausch von Daten in Bezug auf Hypothekenanleihen und individuelle Lebensversicherungen, des Artikels 2;

In der Erwägung, dass es sich um die Anpassung eines Erlasses zur Ausführung von bestehenden Rechtsvorschriften handelt und dieser Erlass an sich keine einzige neue budgetäre Auswirkung hat;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 69.710/3 des Staatsrates vom 20. Juli 2021, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag des Ministers der Finanzen

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

**Artikel 1** - Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 9. Februar 2017 zur Ausführung von Artikel 323/1 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 im Hinblick auf den elektronischen Austausch von Daten in Bezug auf Hypothekenanleihen und individuelle Lebensversicherungen wird durch einen Gedankenstrich mit folgendem Wortlaut ergänzt:

“- Anzahl Monate der Laufzeitverlängerung der Anleihe infolge des Zahlungsaufschubs, der im Rahmen der Corona-Krise in Ausführung regionaler Bestimmungen gewährt worden ist.”

**Art. 2** - Der für Finanzen zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 16. September 2021

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Finanzen  
V. VAN PETEGHEM

**FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER**

[C – 2022/33296]

**30 SEPTEMBER 2020. — Koninklijk besluit betreffende de procedure voor eensluitend advies van de Veiligheidsinstantie en betreffende de bekendmaking van de elementen bedoeld in artikel 68, § 6, van de Spoorcodex. — Duitse vertaling**

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 30 september 2020 betreffende de procedure voor eensluitend advies van de Veiligheidsinstantie en betreffende de bekendmaking van de elementen bedoeld in artikel 68, § 6, van de Spoorcodex (*Belgisch Staatsblad* van 6 november 2020).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

**SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS**

[C – 2022/33296]

**30 SEPTEMBRE 2020. — Arrêté royal relatif à la procédure d'avis conforme de l'Autorité de sécurité et à la publication des éléments visés à l'article 68, § 6, du Code ferroviaire. — Traduction allemande**

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 30 septembre 2020 relatif à la procédure d'avis conforme de l'Autorité de sécurité et à la publication des éléments visés à l'article 68, § 6, du Code ferroviaire (*Moniteur belge* du 6 novembre 2020).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

[C – 2022/33296]

**30. SEPTEMBER 2020 — Königlicher Erlass über das Verfahren der gleichlautenden Stellungnahme der Sicherheitsbehörde und die Veröffentlichung der in Artikel 68 § 6 des Eisenbahngesetzbuches erwähnten Elemente — Deutsche Übersetzung**

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 30. September 2020 über das Verfahren der gleichlautenden Stellungnahme der Sicherheitsbehörde und die Veröffentlichung der in Artikel 68 § 6 des Eisenbahngesetzbuches erwähnten Elemente.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

**30. SEPTEMBER 2020 — Königlicher Erlass über das Verfahren der gleichlautenden Stellungnahme der Sicherheitsbehörde und die Veröffentlichung der in Artikel 68 § 6 des Eisenbahngesetzbuches erwähnten Elemente**

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Eisenbahngesetzbuches, des Artikels 68 § 3 Absatz 3 und § 6, ersetzt durch das Gesetz vom 23. Juni 2020 zur Abänderung des Gesetzes vom 30. August 2013 zur Einführung des Eisenbahngesetzbuches;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 13. März 2007 über das Verfahren der gleichlautenden Stellungnahme der Eisenbahnsicherheitsbehörde und die Veröffentlichung der nationalen Eisenbahnsicherheitsvorschriften;

Aufgrund der Beteiligung der Regionalregierungen;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 67.876/2/V des Staatsrates vom 7. September 2020, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

In der Erwägung, dass der Staatsrat in seinem vorerwähnten Gutachten Nr. 67.876/2/V vorschlägt, dass Artikel 8 des vorliegenden Erlasses neu formuliert wird, um insbesondere auf das Datum des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses zu verweisen;

Dass dem Gutachten des Staatsrates in diesem Punkt nicht gefolgt werden kann;

Dass zwischen dem Datum des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses, zehn Tage nach seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt*, und dem Datum der Anwendbarkeit dieses Erlasses, das dem Datum entsprechen wird, ab dem Artikel 68 des Eisenbahngesetzbuches, wie abgeändert durch das Gesetz vom 23. Juni 2020, gilt, unterschieden werden muss;

Dass diese Unterscheidung notwendig ist, damit der vorliegende Erlass ab seinem Inkrafttreten als Rechtsgrundlage für Anträge auf gleichlautende Stellungnahme dienen kann, die der Infrastrukturbetreiber bei der Sicherheitsbehörde einreichen muss, unbeschadet der Tatsache, dass der Infrastrukturbetreiber die Bestimmungen des vorliegenden Erlasses erst bei Beginn der Anwendbarkeit des vorliegenden Erlasses einhalten muss;

Auf Vorschlag des Ministers der Mobilität

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

KAPITEL 1 — *Begriffsbestimmungen*

**Artikel 1** - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses gelten folgende Begriffsbestimmungen:

1. "technische Spezifikationen": die technischen Spezifikationen für die Nutzung des Netzes, die der Infrastrukturbetreiber gemäß Artikel 68 § 3 des Eisenbahngesetzbuches festlegt,
2. "Betriebsverfahren": die Betriebsverfahren für den sicheren Betrieb der Eisenbahninfrastruktur, die der Infrastrukturbetreiber gemäß Artikel 68 § 3 des Eisenbahngesetzbuches festlegt,
3. "organisatorische Vorkehrungen": die organisatorischen Vorkehrungen für den sicheren Betrieb der Eisenbahninfrastruktur, die der Infrastrukturbetreiber in Bezug auf die betriebliche Schnittstelle zwischen ihm selbst und Eisenbahnunternehmen oder in Artikel 5 Nr. 4 erwähnten touristischen Vereinigungen gemäß Artikel 68 § 4 des Eisenbahngesetzbuches festlegt.

KAPITEL 2 — *Verfahren der gleichlautenden Stellungnahme*

**Art. 2** - Der Infrastrukturbetreiber legt der Sicherheitsbehörde die technischen Spezifikationen und die Betriebsverfahren sowie ihre nachträglichen Abänderungen zwecks gleichlautender Stellungnahme vor.

Der Infrastrukturbetreiber fügt seinem Antrag folgende Unterlagen bei:

- den Entwurf der technischen Spezifikationen oder des Betriebsverfahrens,
- Rechtfertigungen des Entwurfs,
- die Unterlagen, insbesondere technischer Art, die zum Verständnis des Entwurfs erforderlich sind.

**Art. 3** - Die Sicherheitsbehörde gibt ihre Stellungnahme binnen neunzig Tagen nach Eingang aller in Artikel 2 erwähnten Unterlagen ab.

**Art. 4** - In den mit besonderen Gründen versehenen Dringlichkeitsfällen wird die in Artikel 3 erwähnte Beurteilungsfrist auf dreißig Tage verkürzt.

**Art. 5** - Der Infrastrukturbetreiber passt gegebenenfalls den Entwurf gemäß der Stellungnahme der Sicherheitsbehörde an.

Der verbesserte Entwurf wird der Sicherheitsbehörde vorgelegt, die über eine weitere Frist von dreißig Tagen verfügt, um ihre gleichlautende Stellungnahme abzugeben. Diese Frist wird in den mit besonderen Gründen versehenen Dringlichkeitsfällen auf zehn Tage verkürzt.

KAPITEL 3 — *Modalitäten für die Veröffentlichung der in Artikel 68 § 6 des Eisenbahngesetzbuches erwähnten Elemente*

**Art. 6** - Die technischen Spezifikationen, die Betriebsverfahren, die organisatorischen Vorkehrungen sowie die in den Punkten 4.2.1.2.2.1, 4.2.2.5.2 und 4.8.1 der Durchführungsverordnung (EU) 2019/773 der Kommission vom 16. Mai 2019 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität des Teilsystems "Verkehrsbetrieb und Verkehrssteuerung" des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union und zur Aufhebung des Beschlusses 2012/757/EU erwähnten Elemente, unbeschadet ihres Artikels 6, werden auf einer gesicherten Website des Infrastrukturbetreibers veröffentlicht. Diese Website ist für Eisenbahnunternehmen, Antragsteller, die Verwaltung, die Untersuchungsstelle, das Kontrollorgan und die Sicherheitsbehörde kostenlos zugänglich.

Die technischen Spezifikationen und die Betriebsverfahren verweisen auf die gleichlautende Stellungnahme der Sicherheitsbehörde.

Der Infrastrukturbetreiber gewährt jedem Interessierten, der einen mit Gründen versehen Antrag einreicht, Zugang zu den in Absatz 1 erwähnten Elementen.

KAPITEL 4 — *Schlussbestimmungen*

**Art. 7** - Der Königliche Erlass vom 13. März 2007 über das Verfahren der gleichlautenden Stellungnahme der Eisenbahnsicherheitsbehörde und die Veröffentlichung der nationalen Eisenbahnsicherheitsvorschriften wird aufgehoben.

**Art. 8** - Vorliegender Erlass wird anwendbar an dem Tag, an dem Artikel 68 des Eisenbahngesetzbuches, wie ersetzt durch das Gesetz vom 23. Juni 2020 zur Abänderung des Gesetzes vom 30. August 2013 zur Einführung des Eisenbahngesetzbuches, anwendbar wird.

**Art. 9** - Der für den Eisenbahnverkehr zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 30. September 2020

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Mobilität

Fr. BELLOT

FEDERALE OVERHEIDSDIENST WERKGELEGENHEID,  
ARBEID EN SOCIAAL OVERLEG

[2022/202132]

9 MEI 2022. — Koninklijk besluit waarbij algemeen verbindend wordt verklaard de collectieve arbeidsovereenkomst van 3 december 2021, gesloten in het Paritair Comité voor het drukkerij-, grafische kunst- en dagbladbedrijf, betreffende de tewerkstelling en vorming voor de risicogroepen en bijkomende vormingsinspanningen (1)

FILIP, Koning der Belgen,  
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 5 december 1968 betreffende de collectieve arbeidsovereenkomsten en de paritaire comités, inzonderheid op artikel 28;

Gelet op het verzoek van het Paritair Comité voor het drukkerij-, grafische kunst- en dagbladbedrijf;

Op de voordracht van de Minister van Werk,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

**Artikel 1.** Algemeen verbindend wordt verklaard de als bijlage overgenomen collectieve arbeidsovereenkomst van 3 december 2021, gesloten in het Paritair Comité voor het drukkerij-, grafische kunst- en dagbladbedrijf, betreffende de tewerkstelling en vorming voor de risicogroepen en bijkomende vormingsinspanningen.

**Art. 2.** De minister bevoegd voor Werk is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 9 mei 2022.

FILIP

Van Koningswege :  
De Minister van Werk,  
P.-Y. DERMAGNE

Nota

(1) Verwijzing naar het *Belgisch Staatsblad* :

Wet van 5 december 1968, *Belgisch Staatsblad* van 15 januari 1969.

SERVICE PUBLIC FEDERAL EMPLOI,  
TRAVAIL ET CONCERTATION SOCIALE

[2022/202132]

9 MAI 2022. — Arrêté royal rendant obligatoire la convention collective de travail du 3 décembre 2021, conclue au sein de la Commission paritaire de l'imprimerie, des arts graphiques et des journaux, relative à l'emploi et à la formation pour les groupes à risque et aux efforts supplémentaires en matière de formation (1)

PHILIPPE, Roi des Belges,  
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 5 décembre 1968 sur les conventions collectives de travail et les commissions paritaires, notamment l'article 28;

Vu la demande de la Commission paritaire de l'imprimerie, des arts graphiques et des journaux;

Sur la proposition du Ministre du Travail,

Nous avons arrêté et arrêtons :

**Article 1<sup>er</sup>.** Est rendue obligatoire la convention collective de travail du 3 décembre 2021, reprise en annexe, conclue au sein de la Commission paritaire de l'imprimerie, des arts graphiques et des journaux, relative à l'emploi et à la formation pour les groupes à risque et aux efforts supplémentaires en matière de formation.

**Art. 2.** Le ministre qui a le Travail dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 9 mai 2022.

PHILIPPE

Par le Roi :  
Le Ministre du Travail,  
P.-Y. DERMAGNE

Note

(1) Référence au *Moniteur belge* :

Loi du 5 décembre 1968, *Moniteur belge* du 15 janvier 1969.